



# GENERALRAT WÜNNEWIL-FLAMATT

## Protokoll

**zur Generalratssitzung vom Mittwoch, 26. Juni 2024,  
20:00 bis 22:00 Uhr in der Aula OS Wünnewil**

Anwesende Generalräte / Generalrätinnen:	Die Mitte: Binz Ursula, Boschung Bruno, Lorch Therese, Pfammatter Emil, Riedo Dane, Zihlmann Christian  SP/Grüne: Köstli Kornel, Lehmann Markus, Meier Urs, Schafer Aissami Barbara, Schneuwly Sonja, Schöpfer Josef, Vonlanthen Michelle, Zosso Vonlanthen Jacqueline, Zurlinden Regula  ML-CSP: Boschung Roland, Schafer Georg, Schweizer Nicole, Spicher Beat, Sturny Daniel  FDP: Brülhart Anita, Brülhart Mario, Forster Elias, Freiburghaus Thomas, Käser Michael, Lisi Davide, Müller Hugo, Personeni Ralph, Schmid Manuela, Tassone-Mantellini Donata, Wüthrich Maria Anna, Zingg Sarah  JFL: Andrey Simon, Baumeler Lea, Brügger Lukas, Brülhart Stefan, Durret Jan, Gobet Claudio, Schneuwly Julian, Schneuwly Valentin, Spicher Fabienne  Total: 46  SVP: Azizi Dashnim, Herren Heinz, Messerli Erich, Schmid Martina, Wiget Verena  Gemeinderäte / Gemeinderätinnen:
Abteilungsleiter:	Bigler Martin (SVP), Fasel Judith (die Mitte), Freiburghaus Andreas (FDP), Grossrieder Erwin (die Mitte), Perler Margrit (SP), Ramaj Burim (FDP), Schneuwly René (SP), Stähli Walter (FDP), Waeber Manuel (FDP)
Sitzungsleiterin:	Clerc Jérôme, Marty Serge
Stimmenzähler / Stimmenzählerinnen:	Lorch Therese (die Mitte)  Brülhart Stefan (JFL), Personeni Ralph (FDP), Schafer Georg (ML-CSP), Schöpfer Josef (SP/Grüne)
Vizepräsidentin:	Wiget Verena (SVP)
Protokollführerin:	Rigolet Stephanie, stellvertretende Gemeindeschreiberin
Presse:	Ruffieux Imelda, FN
Entschuldigt:	Gobet Karl (die Mitte), Gallasz Christine (SP/Grüne), Santovito Roberto (FDP), Heimann Fritz (SVP)
Stimmberechtigte am: 26.06.2024:	4'094

(in Gemeindeangelegenheiten)

**Traktanden**

- 0.11.3.030      Protokolle
- 8      Generalrat Protokolle Periode 2021-2026**  
**Protokollgenehmigung vom 15. Mai 2024**
- 7.00.0.040      Friedhofreglement
- 9      Friedhofreglement**  
**Genehmigung neues Friedhofreglement**
- 7.10.0.010      Wasserversorgungsgenossenschaften, Aktiengesellschaften etc.
- 10      Wasserversorgungen allgemein**  
**Reorganisation Wasserversorgung**
- 7.20.1.020      Bauakten Leitungen
- 11      Sanierung Abwasserleitung Wunostrasse**  
**Projektgenehmigung und Kreditbegehren**
- 0.21.8.010      Finanzkommission, Mitglieder
- 12      Finanzkommission**  
**Ergänzungswahl**
- 0.11.3.020      Botschaften und Akten
- 13      Parlamentarische Vorstösse; Motionen und Postulate (GenR)**  
**Anträge, Motionen und Postulate**
- 0.11.3.010      Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)
- 14      Verschiedenes, Generalratssitzung**  
**Verschiedenes**

8	0.11.3.030      Protokolle <b>Generalrat Protokolle Periode 2021-2026</b> Protokollgenehmigung vom 15. Mai 2024
---	---

Das noch nicht genehmigte Protokoll der letzten Generalratssitzung vom 15. Mai 2024 liegt in der Gemeindekanzlei zur Einsichtnahme auf oder kann unter [www.wuennewil-flamatt.ch](http://www.wuennewil-flamatt.ch) eingesehen werden.

Der Generalrat:

- Genehmigte das Protokoll der letzten Sitzung des Generalrats vom 13. Dezember 2023.
- Genehmigte die Jahresrechnung 2023, bestehend aus der Erfolgs- und der Investitionsrechnung.
- Genehmigte das revidierte Personalreglement der Gemeinde Wünnewil-Flamatt.
- Genehmigte das neue Geschäftsreglement des Generalrats Wünnewil-Flamatt.
- Wählte für das Geschäftsjahr 2024/25 Therese Lorch (die Mitte) als neue Präsidentin und Verena Wiget (SVP) als Vizepräsidentin des Generalrats. Josef Schöpfer (SP/Grüne) wurde zum neuen Stimmenzähler und Erich Messerli (SVP) zum neuen Ersatzstimmenzähler für den Rest der Legislaturperiode gewählt.

**Antrag:**

**Das Büro beantragt dem Generalrat:**

1. **Das Protokoll der Generalratssitzung vom 15. Mai 2024 zu genehmigen.**

**Abstimmung:**

46	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Beschluss**

**Der Generalrat beschliesst:**

1. **Das Protokoll der Generalratssitzung vom 15. Mai 2024 zu genehmigen.**

9	7.00.0.040      Friedhofreglement <b>Friedhofreglement</b> Genehmigung neues Friedhofreglement
---	--

Das aktuelle Friedhofsreglement wurde am 1.1.2020 in Kraft gesetzt, ebenso die Ausführungsbestimmungen. Die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, dass sich bei der Umsetzung Korrekturen ergeben haben, resp. Lücken bestehen, was zu Unsicherheiten führt. Zudem soll dem Gemeinderat die Grundlage für Ausnahmegewilligungen gegeben werden. Redaktionell wurden Begriffe angepasst und Umschreibungen gekürzt. Auf kantonaler Ebene steht kein aktuelles Musterreglement zur Verfügung. Der Gemeinderat hat die Änderungen diskutiert und die Anpassungen danach zur Vorprüfung an das Amt für Gemeinden weitergegeben, welche im Wesentlichen positiv ausfiel. Die Ausführungsbestimmungen, die vom Gemeinderat erlassen werden, stehen im Entwurf zur Information zur Verfügung. Sie sollen gleichzeitig mit dem neuen Reglement in Kraft treten.

Folgende Änderungen:

Titeländerung: Reglement für die Bestattungen und die Friedhöfe

- |         |  |
|---------|--|
| Art. 7  | Es muss eine Kontaktperson gemeldet werden.  |
| Art. 9  | Die Angehörigen müssen eine Kontaktperson an die Gemeinde angeben, sowie eine Kopie des Familienbüchleins hinterlegen. |
| Art. 12 | Das Einholen der Bestattungsbewilligung muss vom Bestattungsinstitut gemacht werden.                                   |
| Art. 14 | Der Gemeinderat kann Erdbestattungen von ortsfremden Personen bewilligen.  |
| Art. 16 | Das Grabfeld Muslime wird in den Ausführungsbestimmungen erwähnt.  |
| Art. 16 | Das Alter für ein Kindergrab wird auf 8 erhöht und entsprechend die Länge des Grabes angepasst (Art. 18, Abs. 2).      |
| Art. 16 | Sternenkinder werden erwähnt.  |

- Art. 19 Die Grabumrandungen werden auf beiden Friedhöfen gleich geregelt.  
Art. 19 Der Ablauf des Bezugs der Stele und deren Beschriftung werden geklärt.  
Art. 23 Der Ablauf der Rechnungsstellung wird geklärt. Der Maximalbetrag wird der Empfehlung des Preisüberwachers angepasst.  
Art. 24 Eine Gebührenbefreiung wird neu in den Ausführungsbestimmungen geregelt.  
Art. 24 Der Gemeinderat kann über einen Gebührenerlass entscheiden.  
Art. 24 Der Ablauf der Rechnungsstellung wird geklärt. Die Maximalbeträge werden den Empfehlungen des Preisüberwachers angepasst.  
Private Friedhöfe: dieses Kapitel wird ersatzlos gestrichen. Die Erstellung eines privaten Friedhofs ist kantonal geregelt.

Geplant ist, das überarbeitete Reglement auf den 1.1.2025 zusammen mit den angepassten Ausführungsbestimmungen in Kraft zu setzen.

#### **Antrag:**

**Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

- 1. das Reglement für die Bestattungen und die Friedhöfe der Gemeinde Wünnewil-Flamatt zu genehmigen.**

#### **Kommentar:**

Margrit Perler, Gemeinderätin Ressort Kultur, Medien, Jugend, Friedhöfe

Die Gemeinde ist für das Bestattungswesen und die Friedhöfe verantwortlich. Bei einem Todesfall muss seitens der Gemeinde einiges erledigt werden.

Die Kanzlei erhält in der Regel als erste die Information über einen Todesfall. Wenn die Aufbahrung, rsp. die Beisetzung in der Gemeinde stattfindet, werden der Werkhof, das Bauamt und die Kasse involviert.

2023 wurden 43 Todesfälle gemeldet, davon wurden 11 Personen ausserhalb der Gemeinde beigesetzt.

Bei einer Bestattung auf einem der beiden Friedhöfe der Gemeinde, kann zwischen folgenden Grabarten gewählt werden:

- Urnenbeisetzung
- Gemeinschaftsgrab (in Wünnewil und Flamatt, 2023 18 Beisetzungen)
- Urnennische (Flamatt, 2023 1 Beisetzung) Gemeinde kauft Abdeckplatten und verkauft diese den Hinterbliebenen
- Stelengrab (Wünnewil, 2023 4 Beisetzungen), von der Gemeinde gekauft und verkauft an die Hinterbliebenen
- Feldurnengrab (Wünnewil und Flamatt, 8 Beisetzungen) individuell gestaltbar
- Erdbestattung
- Erdgrab (Wünnewil u. Flamatt, 2023, 1 Beisetzung) individuell gestaltbar
- Erdgrab Muslime aller Glaubensrichtungen (Flamatt, 2023 keine Beisetzung), Grabmal von der Gemeinde gekauft und verkauft an die Hinterbliebenen
- Kindergrab (Wünnewil und Flamatt, 2023 keine Beisetzung), individuell gestaltbar

Im Art. 10 des Friedhofreglements wird erwähnt, dass die Gemeinde einen Aufbahrungsraum hat. Dieser ist in Wünnewil bei der Kirche, in Flamatt bei den jeweiligen Kirchen und ab Herbst im neuen Friedhofsgebäude. Für dieses wird eine Nutzungsordnung erstellt und vom Gemeinderat genehmigt werden.

Als Ressortverantwortliche der Friedhöfe, habe ich in den letzten drei Jahren Einblick in verschiedene Fragestellungen betr. der Bestattungen bekommen. Ich habe das Engagement der Gemeindeangestellten wahrgenommen, die immer daran interessiert sind, den Hinterbliebenen die richtige Auskunft zu geben, allenfalls Abklärungen zu treffen und ihr Amt insbesondere bei den Beisetzungen in Würde auszuüben.

Eines können wir uns alle merken: ein Todesfall kommt oft überraschend und ist emotional belastend. Für die Hinterbliebenen ist es einfacher den Wunsch der Bestattung der verstorbenen Person zu kennen und entsprechend zu handeln. Ich ermuntere euch, euch mit diesem Thema auseinanderzusetzen und eure Wünsche euren nahestehenden Personen wissen zu lassen. Unterstützung gibt es hierfür in Dokumenten, die z.B. bei der Pro Senectute bezogen werden können.

Und nun zum Friedhofsreglement:

Das aktuelle Friedhofsreglement wurde am 1.1.2020 in Kraft gesetzt, ebenso die Ausführungsbestimmungen. Bei den eingangs erwähnten Aufgaben der Verwaltung haben sich Lücken gezeigt, die eine Änderung des Reglements bedingen. Zudem soll dem Gemeinderat die Grundlage für

Ausnahmebewilligungen gegeben werden. Redaktionell wurden Begriffe angepasst und Umschreibungen gekürzt.

Auf kantonaler Ebene steht kein Musterreglement zur Verfügung. Der Gemeinderat hat die Änderungen diskutiert und die Anpassungen danach zur Vorprüfung an das Amt für Gemeinden weitergegeben. Das Reglement wurde ebenfalls vom Preisüberwacher geprüft.

Die angepassten Ausführungsbestimmungen, wurden vom Gemeinderat am 10. Juni erlassen und den Generalrätinnen und Generalräten zur Information abgegeben. Sie sollen gleichzeitig mit dem neuen Reglement in Kraft treten.

Die Artikel, bei denen eine Änderung vorgenommen werden soll, konnten Sie der Botschaft entnehmen. Ich wiederhole diese hier nicht.

Die Finanzkommission und die Fraktionen haben Rückmeldungen redaktioneller und inhaltlicher Art gegeben.

Zu den redaktionellen Anregungen:

Danke für die Hinweise. Im Gemeinderat haben wir abgesprochen, dass wir die drei Anregungen annehmen, d.h.:

Hat ein Artikel nur einen Absatz, dann steht vor dem Absatz keine Zahl.

Art. 7 – hier wird Angehörige/Rechtsnachfolge als Begriff verwendet, und wird überall so angepasst.

Art. 9 – Familienbüchlein wird mit dem Begriff Familienausweis ersetzt.

Zu den inhaltlichen Änderungsvorschlägen wird der Gemeinderat bei einem allfälligen Antrag Stellung nehmen.

Emil Pfammatter, Finanzkommission:

Werte Anwesende, die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung vom 16. Juni 2024 das überarbeitete Friedhofreglement mit der Gemeinderätin Margrit Perler diskutiert. Mit der Überarbeitung des Reglements möchte der Gemeinderat nebst ein paar redaktionellen Anpassungen auch Lücken schliessen. Zudem soll dem Gemeinderat die Grundlage für Ausnahmebewilligungen gegeben werden.

Im Bericht der FIKO wurde ausführlich über das Thema berichtet. Zwei Punkte möchte die FIKO in Zusammenhang mit dem überarbeiteten Reglement hervorheben.

Zum einen wurde das Reglement nach der Überarbeitung an den Preisüberwacher zur Stellungnahme überwiesen. Aufgrund seiner Rückmeldung mussten einige Maximalwerte nach unten korrigiert werden, was die FIKO als angemessen und sinnvoll beurteilt.

Zum anderen sind aus finanztechnischer Sicht der Abschnitt bezüglich den Kosten und hier insbesondere die Artikel 23 (Gebühr für Ortsansässige) und Artikel 24 (Gebühr für Auswärtige) von Relevanz. In den aktuell gültigen Ausführungsbestimmungen zum Reglement sind die Tarife für Ortsansässige tiefer festgelegt. Aktuell werden gemäss Ausführungsbestimmungen bei Ortsansässigen beispielsweise für Stelen Fr. 1'000 und bei Auswärtigen Fr. 1'250 verrechnet. Die FIKO erachtet es als sinnvoll, dass bereits im neuen Reglement eine Unterscheidung für Ortsansässige und für Auswärtige bezüglich den Maximaltarifen zu machen ist, damit es in den Ausführungsbestimmungen etwas Puffer nach oben gibt.

Der Abänderungsantrag der FIKO von Art. 24 Abs. 2 lautet deshalb:

Die Abdeckplatte der Urnennische, die Stele sowie die Platte für das Grabfeld für Muslime aller Glaubensrichtungen werden von der Gemeinde den Angehörigen verrechnet. Die Gemeinde darf höchstens Fr. 2'000 verlangen.

Die FIKO beantragt dem Generalrat, die vorgeschlagene Anpassung von Art. 24 Abs. 2 mit einem Maximalbeitrag von Fr. 2'000 zu genehmigen und ansonsten dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

### **Diskussion:**

Nicole Schweizer, ML-CSP

Werte Anwesende, unsere Fraktion begrüsst die Anpassung des Friedhofreglements von 2020, nachdem einige Jahre Erfahrungen gesammelt werden konnten.

Die Angleichung gewisser Gestaltungselemente der beiden Friedhofstandorte Flamatt und Wünnwil ist sinnvoll.

Dass das Reglement dem Preisüberwacher unterbreitet wurde, hat uns zuerst etwas erstaunt. Nachdem Manuel an unserer Fraktionssitzung jedoch erklärt hat, dass der Preisüberwacher sowieso aktiv geworden wäre, konnten wir das Vorgehen des Gemeinderates nachvollziehen.

Unsere Fraktion unterstützt den Vorschlag der Fiko, den Maximalbetrag für die Abdeckplatte Urnennische, Stele sowie Platte für das Grabfeld der Muslime auf Fr. 2'000 anzuheben.

Wir begrüssen zudem, dass der Gemeinderat von sich aus unseren gesetzestechnischen Antrag (keine Nummerierung, wenn nur 1 Absatz) umgesetzt hat.

Unsere Fraktion stimmt dem angepassten Friedhofreglement zu.

Ursula Binz, Die Mitte

Wir haben nichts, was wir anpassen möchten im Reglement, wir haben nur eine allgemeine Verständnisfrage. Wir waren uns an der Fraktionssitzung nicht einig, ob es zwingend ist, dass ein Bestattungsinstitut involviert wird oder ob Privatpersonen, wenn dies gewünscht ist, die Bestattung auch selbst durchführen können.

Margrit Perler, Gemeinderätin

Es ist so, dass man einen Bestatter haben muss. Man darf einen Leichnam sonst nicht transportieren. Ich habe bei der Vereinigung der Bestatter nachgefragt und diese haben mir bestätigt, dass man in allen Kantonen einen Bestatter haben muss.

Maria Anna Wüthrich, FDP

Werte Anwesende, wir haben das neue Friedhofsreglement studiert und in der Fraktion diskutiert. Der Gemeinderat hat sich sehr viele praktische Überlegungen gemacht und diese sind im Reglement festgehalten und wir werden es im Grundsatz annehmen. Dem Änderungsantrag der FIKO zu Art. 24 wird die Fraktion ebenfalls zustimmen. Wir diskutierten in der Fraktion noch die Frage, wo die Nutzungsordnung für das neue Friedhofsgebäude festgehalten wird und dies mit einem Verweis im Reglement notiert sein sollte. Wir verwerfen jedoch diese Idee. Gerne erwarten wir die Zustellung der Nutzungsordnung noch vor der Gebäudeeinweihung.

Margrit Perler, Gemeinderätin

Der Entwurf der Benutzungsordnung besteht bereits. Wir haben Mitte August eine Begehung mit den Bestattern. Ich möchte diesen Termin abwarten. Vielleicht sehen die Bestatter noch etwas, was wir vergessen haben. Anschliessend wird die Benutzungsordnung an der ersten Gemeinderatssitzung nach den Ferien genehmigt. Bei der Einweihung ist die Nutzungsordnung also bereit.

#### **Detailberatung:**

##### **Art. 9 Meldung der Bestattung**

Markus Lehmann, SP/Grüne

Werte Anwesende, eine Bestattung kann in Wünnewil oder in Flamatt stattfinden. Zudem kann sie, wie der Absatz 2 beschreibt auch ausserhalb der Gemeinde stattfinden. Deshalb macht es Sinn, bei der Meldung im Absatz 1 neben Aufbahrungsort, Bestattungsart, Bestattungstermin, Kontaktperson und Kopie des Familienausweis, auch den Bestattungsort der Gemeindeverwaltung zu melden. Die Fraktion SP/Grüne beantragt, den Absatz 1 mit dem Bestattungsort zu ergänzen.

Neu würde der Absatz 1 des Artikels 9 folgendermassen lauten:

Die Angehörigen oder das beauftragte Bestattungsinstitut melden der Gemeindeverwaltung unverzüglich folgende Angaben:

- Aufbahrungsort
- Bestattungsort
- Bestattungsart
- Bestattungstermin
- Kontaktperson
- Kopie Familienausweis

**Stellungnahme Gemeinderat:** Annahme – Keine Abstimmung

##### **Art. 18 Grabmasse**

Markus Lehmann, SP/Grüne

Werte Anwesende, gemäss Rücksprache mit der Verwaltung wurden in der Vergangenheit immer das im Reglement festgelegte Standardmass ausgehoben. In der aktuellen Formulierung könnte ein beliebiges anderes Mass gefordert werden (inkl. der Tiefe). Eine solche Freiheit macht jedoch keinen Sinn und würde eine Präzisierung erfordern. Bis zu welcher Tiefe kann man wählen oder kann man nur die Länge ändern, wenn ja wie gross?

Um das Reglement nicht unnötig kompliziert zu machen, schlägt die Fraktion SP/Grüne vor, den Absatz 3 komplett zu streichen und so andere Wunschmasse gar nicht zu ermöglichen.

**Stellungnahme Gemeinderat:** Annahme – Keine Abstimmung

**Art. 19 Grabmäler**

Markus Lehmann, SP/Grüne

Werte Anwesende, in der Vergangenheit, als Grabmäler noch fast ausschliesslich aus Stein produziert wurden, hat die Mindestdicke aufgrund der Stabilität durchaus Sinn gemacht. In der heutigen Zeit, wo unterschiedliche Materialien verwendet werden, macht ein solches Mindestmass aus Sicht der Fraktion SP/Grüne keinen Sinn mehr. Oder muss bei einem Grabmal aus Metall diese Platte wirklich 12 cm dick sein? Die Fraktion SP/Grüne schlägt für den Absatz 4 folgende Formulierung vor:  
Das Grabmal hat eine Dicke von höchstens 18 cm aufzuweisen

**Stellungnahme Gemeinderat:** Annahme – Keine Abstimmung

**Art. 24 Gebühr für Auswärtige**

Emil Pfammatter, Finanzkommission

Der Abänderungsantrag der FIKO von Art. 24 Abs. 2 lautet:

Die Abdeckplatte der Urnennische, die Stele sowie die Platte für das Grabfeld für Muslime aller Glaubensrichtungen werden von der Gemeinde den Angehörigen verrechnet. Die Gemeinde darf höchstens Fr. 2'000 verlangen.

**Stellungnahme Gemeinderat:** Ablehnung, der Preisüberwacher könnte den Betrag und somit das Reglement beanstanden.

**Abstimmung Art. 24 Abs. 2 (Antrag Gemeinderat)**

10	Ja-Stimmen
36	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Abstimmung Art. 24 Abs. 2 (Antrag Finanzkommission)**

39	Ja-Stimmen
7	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Der Art. 24 Abs. 2 wird wie folgt abgeändert: Die Abdeckplatte der Urnennische, die Stele sowie die Platte für das Grabfeld für Muslime aller Glaubensrichtungen werden von der Gemeinde den Angehörigen verrechnet. Die Gemeinde darf höchstens Fr. 2'000 verlangen.

**Schlussabstimmung Reglement über die Bestattungen und Friedhöfe****Antrag:**

Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:

1. das Reglement für die Bestattungen und die Friedhöfe der Gemeinde Wünnewil-Flamatt zu genehmigen.

**Abstimmung:**

46	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Beschluss:**

Der Generalrat beschliesst:

1. das Reglement für die Bestattungen und die Friedhöfe der Gemeinde Wünnewil-Flamatt zu genehmigen.

10	7.10.0.010 Wasserversorgungsgenossenschaften, Aktiengesellschaften etc. <b>Wasserversorgungen allgemein</b> Reorganisation Wasserversorgung
----	---

Im kantonalen Trinkwassergesetz vom 6.10.2011 (TWG) legt der Gesetzgeber im Abschnitt 1.2 das Eigentum der Trinkwasserinfrastrukturen fest.

#### **Art. 4 Nutzung öffentlicher Gewässer für die Trinkwasserversorgung**

<sup>1</sup> Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern im Sinne der Gesetzgebung über die öffentlichen Sachen müssen in erster Linie für den menschlichen Nahrungsmittelbedarf erfolgen.

<sup>2</sup> Konzessionen für die Nutzung öffentlicher Gewässer für die Trinkwasserversorgung können nur Gemeinwesen oder juristischen Personen, die vollständig im Besitz von Gemeinwesen sind, erteilt werden.

#### **Art. 5 Trinkwasserinfrastrukturen – Mit öffentlichen Gewässern gespeiste Infrastrukturen**

<sup>1</sup> Trinkwasserinfrastrukturen, die mit öffentlichen Gewässern im Sinne der Gesetzgebung über die öffentlichen Sachen gespeist werden, müssen Eigentum von Gemeinwesen oder von juristischen Personen, die vollständig im Besitz von Gemeinwesen sind, sein.

#### **Art. 6 Trinkwasserinfrastrukturen – Ausschliesslich mit nicht-öffentlichen Gewässern gespeiste Infrastrukturen**

<sup>1</sup> Trinkwasserinfrastrukturen, die ausschliesslich mit nicht-öffentlichen Gewässern gespeist werden, können entweder Eigentum eines Gemeinwesens oder Privateigentum sein.

Die Wasserversorgungsgenossenschaft Flamatt untersteht infolge ihrer Grundwasserentnahme im Auwald Artikel 5, die Wasserversorgungsgenossenschaft Wünnewil und Umgebung der vom Amt für Umwelt des Kantons Freiburg bestätigten Aussage folgend Artikel 6 des Gesetzes.

#### **Ist-Situation**

Die überwiegende Zahl der Einwohner unserer Gemeinde werden aktuell von zwei Wasserversorgungsgenossenschaften (WVG), denjenigen von Wünnewil und Flamatt, mit Trinkwasser versorgt. Anfangs der neunziger Jahre wurden für diese aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen Leistungsaufträge abgeschlossen, basierend auf dem Trinkwasserreglement.

#### **Geplante Auflösung der Wasserversorgungsgenossenschaft Flamatt**

Die WVG Flamatt hat ihren Leistungsvertrag mit der Gemeinde am 13.4.2022 fristgerecht, mit einer Frist von zwei Jahren, gekündigt. An der Generalversammlung vom 18.4.2024 wurde die Auflösung dieser Genossenschaft traktandiert und einstimmig beschlossen. Gemäss Art. 9 des Konzessionsvertrags gehen bei der Auflösung der WVG Flamatt sämtliche Infrastrukturen gegen Übernahme von Aktiven und Passiven an die Gemeinde über. Aktuell besteht eine Übergangsvereinbarung, welche den Leistungsauftrag für die Trinkwasserversorgung bis zum 30.9.2025 regelt.

Die Wasserversorgungsgenossenschaft Wünnewil & Umgebung wurde ebenfalls in die Arbeiten zur neuen Rechtsform der Wasserversorgung einbezogen. Zurzeit ist die Integration in die neue Trägerschaft nicht vorgesehen, kann aber bei Bedarf erfolgen.

#### **Reorganisation / Zukünftige Rechtsform der Wasserversorgung vorerst in Flamatt**

Unter Einbezug von Rechtsanwalt Thomas Meyer, welcher auch die Wasserversorgung Düringen AG berät, hat die Gemeinde zusammen mit den Wasserversorgern die nachfolgenden drei Möglichkeiten für die zukünftige Organisation der Wasserversorgung auf unserem Gemeindegebiet geprüft.

- Eingliederung in die Gemeindedienste (Gemeinde)
- Gründung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt (Anstalt)
- Gründung einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft (AG)



### Eingliederung in die Gemeindedienste (Gemeinde)

In einer verwaltungsinternen Struktur wird die Wasserversorgung in die bestehende Gemeindeverwaltung integriert. Der Einfluss der Gemeinde ist direkt und gross. Die Sachwerte und das Vermögen der Wasserversorgungsgenossenschaft Flamatt werden in die Gemeinderechnung aufgenommen und als Spezialfinanzierung wie Abfall und Abwasser geführt. Über das Budget und die Rechnung beschliessen der Generalrat und der Gemeinderat. Die Entscheidungswege sind aufgrund des politischen Prozesses eher lang.

Die Organe der Gemeinde sind für die Tätigkeit haftbar und das Personal direkt in die Gemeindeorganisation eingegliedert.

### Gründung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt (Anstalt)

Die Anstalt ist eine öffentlich-rechtliche Rechtsform, die nach deren Errichtung eigenständig besteht. Die Entscheide werden entsprechend nicht durch die Gemeindeorgane gefällt, sondern durch die jeweilige Geschäftsleitung und den Verwaltungsrat. Eine Gemeindeanstalt mit Rechtspersönlichkeit wird mit der Annahme eines allgemein verbindlichen Organisationsreglements durch den Generalrat geschaffen. In diesem werden mindestens der Zweck, die Aufgaben, die Organe und ihre Zuständigkeiten, die Rechtsstellung des Personals und die Güter, die Verwaltung und die Finanzierung festgelegt. Die Rechtsform der Anstalt eignet sich für Aufgaben, bei denen die demokratische Mitwirkung für die Erfüllung der Aufgabe weniger zentral ist. Die Gemeinde kann die Anstalt massgeschneidert erstellen und die Führung der Organisation mit mehr oder weniger Handlungsspielraum ausgestalten und auch die Kontrolle entsprechend regeln. Mitarbeitende einer öffentlich-rechtlichen Anstalt müssen öffentlich-rechtlich angestellt werden.

Öffentlich-rechtliche Gemeindeanstalten im Bereich der Wasserversorgung bestehen aktuell insbesondere in den Kantonen der Zentralschweiz. Der Kanton Freiburg kennt im Moment noch kein solches Konstrukt, sieht deren Gründung im Gesetz über die Gemeinden jedoch ausdrücklich vor.

### Gründung einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft (AG)

Eine Aktiengesellschaft ist eine privatrechtliche Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, an der die Anteilseigner im Verhältnis ihres Kapitaleinsatzes auf die Gesellschaft Einfluss nehmen. Die Ausgestaltung einer AG ist im Obligationenrecht abschliessend geregelt und lässt für Interessen der Gemeinde keinen Handlungsspielraum zu. Der direkte Einfluss der Gemeinde ist gering und grundsätzlich darauf begrenzt, die personelle Zusammensetzung des Verwaltungsrates mitzubestimmen. Die Organe der Gesellschaft haften für ihre Tätigkeit. Die Haftung der Gemeinde ist auf die eingesetzten Mittel begrenzt. Die Mitarbeitenden sind grundsätzlich privatrechtlich angestellt. Die Aktiengesellschaft ist eine ideale Rechtsform für gewinnorientierte Unternehmen in der Privatwirtschaft oder als Aufgabenträger für Gemeinden für Leistungen, die am Markt erbracht werden.

Für die Gründung einer Aktiengesellschaft bedarf es eines notariell beurkundeten Errichtungsaktes, in dem die Statuten verabschiedet und die Organe bestellt werden. Parallel dazu überträgt der Generalrat mit einem öffentlich-rechtlichen Ausgliederungsbeschluss die Aufgaben an die Aktiengesellschaft aus und überträgt ihr die erforderlichen Mittel (Infrastruktur, Rechte, Vermögen).

Nachfolgende tabellarische Darstellung fasst die wichtigsten Eckpunkte der drei möglichen zukünftigen Organisationen zusammen.

	<b>Gemeinde</b>	<b>Anstalt</b>	<b>AG</b>
<b><sup>1</sup> Demokratischer Errichtungsakt</b>	Nicht notwendig	Ja: Errichtungsakt, Ausgliederungsbeschluss und Organisationsreglement durch Generalrat	Ja: Notarieller Errichtungsakt - Ausgliederungsbeschluss durch Generalrat.
<b>Träger</b>	Gemeinde	Gemeinde	Aktionäre

<b><sup>2</sup> Unternehmenscharakter</b>	Wenig ausgeprägt, alle Beschlüsse demokratisch getroffen	Ausgeprägt möglich	Stark ausgeprägt
<b><sup>3</sup> Schnelle Entscheidungswege</b>	Eingeschränkt möglich	Sichergestellt	Sichergestellt
<b><sup>3</sup> Flexibilität in Betriebsführung</b>	Gering	Hoch bis sehr hoch	Sehr hoch
<b>Anbindung an Gemeinde</b>	Stark	Je nach Ausgestaltung stärker oder schwächer	Schwach
<b>Strategische Entscheide</b>	Gemeinderat / Generalrat	Geschäftsleitung / Verwaltungsrat	Geschäftsleitung / Verwaltungsrat / Generalversammlung
<b>Finanzielle Entscheidungen</b>	Gemeinderat / Generalrat	Geschäftsleitung / Verwaltungsrat	Geschäftsleitung / Verwaltungsrat / Generalversammlung
<b><sup>4</sup> Demokratische Rechte</b>	Generalrat	Begrenzt über Einsitz in VR	Keine bzw. Statuten-bezogen
<b>Eigene Haftung</b>	Ja	Ja – subsidiäre Haftung der Gemeinde	Ja
<b>Kontrollorgane</b>	Finanzkommission und Revisionsstelle	Revisionsstelle	Revisionen nach OR
<b>Rechnungslegung</b>	HRM 2	HRM 2	OR
<b>Gründungskapital</b>	Nicht erforderlich	Bilanz WVG Flamatt	Liberierung Aktienkapital
<b>Finanzierung</b>	Fonds und Gebühren	Dotationskapital, Gebühren	Aktienkapital, Gebühren
<b>Steuerliche Konsequenzen</b>	Keine Steuerpflicht	Steuerpflicht (Befreiung Gemeinde möglich)	Steuerpflicht (Befreiung Gemeinde möglich)
<b>Finanzielle Sicherheit</b>	Staatsgarantie	Staatsgarantie	Eigene Mittel
<b>Personalrecht</b>	privat-rechtlich / öffentlich-rechtlich	öffentlich-rechtlich	privat-rechtlich

#### Ausführungen zur vorangehenden Darstellung

- <sup>1</sup> Die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt erfolgt durch die Annahme des entsprechenden Organisationsreglements durch den Generalrat. Zur Errichtung einer Aktiengesellschaft ist neben einer notariellen Beurkundung ebenfalls ein Beschluss des Generalrates zur Ausgliederung der Wasserversorgung notwendig. Da die Verantwortung für die Wasserversorgung von Gesetzes wegen bei der Gemeinde liegt, könnte eine Eingliederung in die Verwaltungsorganisation der Gemeinde ohne Zustimmung des Generalrates erfolgen.
- <sup>2</sup> Die drei möglichen Formen weisen einen unterschiedlich grossen Unternehmenscharakter aus. Bei der Integration in die Gemeinde ist der Unternehmenscharakter kaum vorhanden, da sämtliche Entscheide dem demokratischen Prozess unterstellt werden. Bei einer öffentlich-rechtlichen Anstalt ist die Gemeinde frei bei der Definition, wie viel Unternehmergeist der Anstalt gegeben werden soll. Bei einer AG handelt es sich per se um ein Unternehmen, welches am Markt auftritt.
- <sup>3</sup> Im Bereich der Wasserversorgung sind schnelle Entscheidungswege und Flexibilität in der Betriebsführung essenziell. Aufgrund der im Gemeindegesetz festgelegten Entscheidungskompetenzen zwischen Exekutive und Legislative sind Entscheidungen nur teilweise rasch fäll- resp. umsetzbar. Die Entscheidungswege bei einer AG oder Anstalt sind hingegen sehr kurz.
- <sup>4</sup> Bei einer Integration in die Verwaltungsstruktur der Gemeinde sind die demokratischen Rechte vollends gewahrt. Das Initiativ- und Referendumsrecht bleibt bestehen. Mit der Integration der Wasserversorgung in eine öffentlich-rechtliche Gemeindeanstalt, wird diese Aufgabe «entpolitisiert». Je nach Ausgestaltung kann der Bevölkerung mehr oder weniger demokratisches Recht zugesprochen werden (bspw. dass sämtliche Investitionen ab einem bestimmten Betrag durch die Legislative genehmigt werden müssten). Die AG kennt keinerlei demokratische Rechte dieser Art.

#### Überlegungen Gemeinderat

Der Gemeinderat hat sich an mehreren Sitzungen mit dieser Thematik befasst und vertritt die Auffassung, dass eine Integration der Wasserversorgung in die bestehenden Strukturen der Gemeindeverwaltung aus nachfolgenden Punkten nicht zweckdienlich ist:

- Die Entscheidungswege sind zu lang für den Bereich der Wasserversorgung.
- Die Haftung liegt vollumfänglich bei der Gemeinde.
- Das Gemeindegesetz sieht für die Übernahme solcher Tätigkeiten die Möglichkeit der Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalt oder einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft vor.

Was spricht aus Sicht des Gemeinderates gegen die Schaffung einer Aktiengesellschaft:

- Eine geschaffene AG müsste zu 100% im Besitz der Gemeinde sein (Artikel 4 Absatz 2 TWG).
- Eine Staatsgarantie kann für eine privatrechtliche Aktiengesellschaft nicht erteilt werden, was das Übernahmerisiko für die Gemeinde erhöht.
- Die Anbindung einer AG an die Gemeinde ist kleiner als dies bei einer Anstalt der Fall sein kann.

Der Gemeinderat ist nach eingehendem Studium und Abwägen von Vor- und Nachteilen zum Entscheid gelangt, dass die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt zur Übernahme der Wasserversorgung am sinnvollsten ist. Folgende Hauptargumente bestätigen den Gemeinderat in seinem Entscheid:

- Die Gemeinde kann durch die Ausgestaltung des Organisationsreglements frei bestimmen über wie viel Autonomie die neue Anstalt verfügen soll.
- Die nach Artikel 915 Absatz 1 des Obligationenrechts mögliche Staatsgarantie vereinfacht die Überführung der Wasserversorgungsgenossenschaft Flamatt und stellt für die Gemeinde eine zusätzliche Sicherheit dar.
- Die Entscheidungswege der Anstalt sind schnell – was im Bereich der Wasserversorgung unabdingbar ist.
- Eine allfällige spätere Integration der WV Wünnewil und Elswil ist problemlos möglich.

#### Zeitplan

26.6.2024	Grundsatz «Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt» durch den Generalrat;
11.12.2024	Verabschiedung Organisationsreglement der Anstalt im Generalrat

#### Antrag:

**Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

1. **die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt für die Trinkwasserversorgung.**

#### Kommentar:

Manuel Waeber, Gemeinderat Ressort Öffentliche Sicherheit, Wasserversorgung, Abwasser, Gewässer Werte Anwesende, die Botschaft ist recht ausführlich, daher möchte ich nicht mehr ins Detail gehen. Ich möchte euch einige Eckdaten und Überlegungen mitgeben, welche in der Botschaft weniger beschrieben sind.

Eins ist klar, die Infrastruktur der Wasserversorgung Flamatt wird an die Gemeinde kommen. Hier können wir nicht ja oder nein dazu sagen. Zum einen schreibt dies das Gesetz vor, zum anderen haben wir mit der Wasserversorgung eine Leistungsvereinbarung, in welcher steht, dass bei der Auflösung der Wasserversorgung die Infrastruktur mit den Aktiven und Passiven an die Gemeinde gehen. Das ist Fakt. In der Botschaft ist etwas schlecht erwähnt, was wir hier übernehmen. Es ist eigentlich eine gut funktionierende Genossenschaft. Man hat jedoch zwei Wasserreservoirs, welche in den nächsten Jahren neu gebaut oder saniert werden müssen. Wir haben eine Grundwasserfassung im Auwald, welche wir in absehbarer Zeit nicht mehr betreiben dürfen. Wir haben bereits Pläne für eine Grundwasserfassung in Oberflamatt. Hier warten wir darauf wer Bauherr ist. Dies hängt auch mit dem heutigen Entscheid zusammen. Ist die Gemeinde Bauherr oder bereits eine Anstalt oder AG?

Ich habe heute noch bezüglich den Finanzen angefragt. Momentan haben sie eine Liquidität von ca. Fr. 700'000.

Jetzt hat sich natürlich die Frage gestellt, wie übernimmt man eine so grosse Genossenschaft. Wenn man sich Flamatt vorstellt mit all den Leitungsnetzen und Verbauungen. Wie integriert man dies in die Gemeinde. Wir haben Thomas Meyer, Jurist, beigezogen. Er ist für die Wasserversorgung Düringen aktiv und kennt sich relativ gut aus in diesem Gebiet. Es hat sich schnell gezeigt, dass es drei Varianten gibt: Gründung einer AG, Integration in Gemeindeverwaltung, Gründung einer Anstalt. Bei den Gesprächen mit den Fraktionen habe ich gemerkt, dass der Begriff Anstalt bei vielen nicht so geläufig ist. Irgendjemand hat mir ein lustiges Beispiel gesagt, sie kenne die Anstalt nicht, nur die Irrenanstalt. Dies ist eigentlich ein gutes Beispiel. In einer Anstalt werden Aufgabenbereiche, welche eigentlich der öffentlichen Hand angehören, ausgelagert, weil es zu kompliziert und schwerfällig ist, dies in der Gemeindeverwaltung zu organisieren. Wenn wir hier an die Irrenanstalt denken, die ganzen Medikamentenbestellungen, Einsatzpläne. Dies wäre schlicht nicht machbar. Man lagert den ganzen Aufgabenbereich aus in ein firmenähnliches Konstrukt. Die

Anstalt arbeitet eigenständig und ist nicht gewinnorientiert. Die Gemeinde kann immer noch Einfluss nehmen, da sie Inhaber ist. Beim Trinkwasser eigentlich ganz ähnlich. Die Gemeinde hat die Aufgabe die Bevölkerung mit Trinkwasser zu versorgen. Hier bietet sich die Form der Anstalt hervorragend an. Man lagert die Trinkwasserversorgung aus in ein firmenähnliches Konstrukt, welches eigenständig bestehen soll, seine Buchhaltung führt und kostendeckend Arbeiten soll.

Ein grosser Vorteil ist, dass wir bei der Anstalt eine Staatsgarantie haben. Wenn wir eine AG gründen möchten, müssten wir die Wasserversorgung Flamatt restlos liquidieren und alle bestehenden Verträge neu aufsetzen. Dies wäre ein immenser Aufwand. Mit einer Staatsgarantie könnten wir die bestehenden Verträge so wie sie sind übernehmen.

Bei uns im Kanton haben viele Gemeinden eine AG oder organisieren es direkt in der Verwaltung. Wir sind die Vorreiter und wären die ersten im Kanton, welche eine Anstalt gründen würden. Das Gebilde Anstalt eignet sich hervorragend um die Aufgaben der öffentlichen Hand firmenähnlich auszulagern.

Zum weiteren Vorgehen. Wir möchten eigentlich bei euch einen Grundsatzentscheid abholen. Das weitere Planen ist sehr aufwändig. Wir müssten nun das Organisationsreglement schreiben, später dann das Trinkwasserreglement, Stellenbeschriebe müssten ausgefertigt werden. Also eine riesen Arbeit. Wir haben uns entschlossen zuerst mit dem was wir haben zu euch zu kommen und einen Grundsatzentscheid abzuholen, ob der Generalrat einverstanden wäre in Richtung Anstalt zu gehen. Sonst betreibt die Verwaltung einen riesigen Aufwand und am Schluss sagt der Generalrat, dass man es lieber in die Verwaltung integriert hätte.

Daniel Sturny, Finanzkommission:

Werte Anwesende, die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung mit dem Gemeinderat Manuel Waeber die drei Varianten für eine Neuorganisation der Wasserversorgung Flamatt diskutiert und Vor- und Nachteile gegenübergestellt.

Egal, welche Organisationsform schlussendlich gewählt wird, muss die Wasserversorgung ihre Kosten selber decken und darf aber auch nicht gewinnorientiert sein. Das wäre mit jeder der drei Organisationsformen möglich. Wir unterstützen jedoch die Absicht des Gemeinderats, für die Wasserversorgung eine eigene Organisation aufzubauen und diese nicht in die Gemeindedienste einzugliedern. So bleibt die Transparenz bei den Finanzen eher gewährleistet, die Wasserversorgung kann Investitionen selbständig tätigen und das dafür nötige Geld aufnehmen.

Eine öffentlich-rechtliche Anstalt scheint dafür ein passendes Gefäss zu sein, es ist einfacher zu gründen und zu handhaben als eine AG, und wenn später einmal weitere Teile der Wasserversorgung unserer Gemeinde eingegliedert werden sollen, ist dies ohne grosse Probleme möglich.

Die Finanzkommission empfiehlt deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, dem Antrag des Gemeinderates zur Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt für die Trinkwasserversorgung zuzustimmen.

### **Diskussion:**

Bruno Boschung, Die Mitte:

Werte Anwesende, bevor ich im Namen der Fraktion spreche noch kurz zu meiner Interessenbindung in diesem Geschäft. Ich war bis zum letzten Jahr selber Präsident einer Wasserversorgungsgenossenschaft (Elswil). Ich war damals in der Gesetzesrevision im Jahr 2011, welche hier auch zitiert wurde, war ich in der Kommission im Grossen Rat. Vielen Dank an den Gemeinderat für die Ausführungen in der Botschaft. Zu Beginn der Botschaft werden direkt die wichtigsten Gesetzesartikel zitiert. Nämlich Art. 4, 5, und 6, welche klar beschreiben, was gemacht werden muss. Die Interpretation der Artikel ist richtig. Früher oder später hätte man bei der Wasserversorgung Flamatt ohnehin etwas ändern müssen, weil man nicht gesetzeskonform unterwegs ist. Dies weil die Wasserversorgung Wasser aus dem öffentlichen Gewässer bezieht. Dafür bräuchten Sie eine Konzession vom Kanton und alle Infrastrukturen müssten im Besitz des Gemeinwesens sein. Der geplante Schritt geht absolut in die richtige Richtung.

Bei uns in der Fraktion hat es trotzdem noch einige Diskussionen ausgelöst. Obwohl wir die Auflistung der Merkmale in der Botschaft erhalten habe, haben sich doch einige gefragt, was denn so eine Anstalt überhaupt ist. Hierzu kann man ein Beispiel auf kantonaler Ebene geben. Das Strassenverkehrsamt in Freiburg ist so eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Das Amt funktioniert selbständig, erfüllt jedoch eine Aufgabe im Auftrag des Kantons. Auch die Kantonale Gebäudeversicherung ist so aufgestellt. Der Vorschlag des Gemeinderates ist nun auf Gemeindeebene etwas ähnliches zu installieren. Dies geht absolut in die richtige Richtung und wir unterstützen dies so im Grundsatz.

Bei uns wurden die Vor- und Nachteile einer AG diskutiert. Es hatte einige Argumente die man als positiv oder negativ auslegen könnte. In der Nachbarschaft hat es AG's, Bösinggen und Düringen zum Beispiel. Die sind aber beide nicht so konform unterwegs, weil das Aktienkapital in Düringen zum Beispiel nicht 100% bei der Gemeinde ist. Dies ist eigentlich nicht konform. Heute sind wieder einige Informationen gekommen. Die Übernahme der Wasserversorgung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist wesentlich einfacher als in eine AG. Ich denke, dass wir dies heute so zur Kenntnis nehmen müssen.

Im Moment ist nicht vorgesehen, dass die Wasserversorgung Wünnewil im gleichen Schritt integriert wird. Diese müssen natürlich im Moment noch nicht, weil sie per Definition noch nicht Wasser aus dem öffentlichen Gewässer beziehen. Aber mit der Schaffung der Anstalt, sieht man die Möglichkeit, diese möglichst schlank integrieren zu können. Dies müsste ja auch das Ziel unserer Gemeinde sein. Aber ich glaube wir sollten jetzt mal anfangen und testen wie dies läuft.

Wir werden den Antrag unterstützen und zustimmen, damit der Gemeinderat hier nun weiterarbeiten kann. Wir werden ja zu einem späteren Zeitpunkt wieder eingebunden für die definitive Ausgestaltung.

Jacqueline Zosse Vonlanthen, SP/Grüne:

Auch wir danken dem Gemeinderat für die Ausführungen zu diesen 3 Varianten. Wir haben diese diskutiert und sind mit dem Vorschlag des Gemeinderates, eine öffentlich-rechtliche Anstalt zu gründen einverstanden. Die Frage, welche Bruno bereits erwähnt hat, wieso man nicht direkt beide Dörfer einbezieht und somit beide Dörfer gleichstellt, haben wir uns auch gestellt. Wir haben den Unterschied zwischen den beiden Wasserversorgungen gehört und die Quellen von Wünnewil gehören einer geschlossenen Genossenschaft. Und so haben die Genossenschafter auch noch gewisse Privilegien beim Bezug. Das Wasser ist ein öffentliches Gut. Vielleicht müssen wir in Zukunft diese Privilegien hinterfragen, so dass alle Bürger und Bürgerinnen gleich behandelt werden.

Beat Spicher, ML-CSP:

Werte Anwesende, bisher hatten wir eine „gäbige“ Situation für die Gemeinde: Die drei Wassergenossenschaften haben die Versorgung mit qualitativ gutem Wasser gesichert. Nachdem nun die Wassergenossenschaft Flamatt den Leistungsauftrag mit der Gemeinde gekündigt und sich aufgelöst hat, muss die Gemeinde die Versorgung mit Wasser in Flamatt übernehmen.

Die vom Gemeinderat gewählte Lösung mit einer öffentlich-rechtlichen Anstalt ist nach Ansicht unserer Fraktion die bestmögliche Lösung. Warum?

- Eine öffentlich-rechtliche Anstalt ähnelt zwar einer Firma, aber die Gemeinde hat dennoch die volle Kontrolle;
- Bei Bedarf können die anderen Wassergenossenschaften unter dem Dach der Anstalt vereinigt werden; und
- Im Gegensatz zu einer AG haben wir bei der Überführung der Aktiven und Passiven in die Anstalt eine Staatsgarantie.

Die Fraktion Mitte Links – CSP unterstützt aus diesen Gründen den Antrag des Gemeinderates.

Sarah Zingg, FDP:

Werte Anwesende, die Wasserversorgung muss im ersten Schritt für Flamatt neu organisiert werden, da der Leistungsvertrag gekündigt wurde. Wir haben dies in der Fraktionssitzung ausführlich diskutiert und die Umsetzung über die öffentlich-rechtliche Anstalt ist nach unserem Wissenstand ein gangbarer und nachvollziehbarer Weg. Die Aufteilung in zwei Teilschritte macht aus unserer Sicht Sinn, da so die Zeit und auch die Ressourcen gebündelt werden. Wichtig ist uns, dass wir mit im Boot sind bei den Reglementen etc., dies ist gemäss Manuel Waeber gegeben.

Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu.

Verena Wiget, SVP:

Wir haben das Geschäft über die Wasserversorgung an unserer Fraktionssitzung auch eingehend diskutiert. Wir möchten dem Gemeinderat für die ausführliche Auflistung in der Botschaft danken. Diese hat es uns ermöglicht die verschiedenen Organisationsformen gut anzuschauen. Für uns waren die aufgelisteten Vor- und Nachteile gut nachvollziehbar. Wasser ist ein kostbares Gut, dies wissen wir alle. Wenn man das Weltgeschehen anschaut, wie Geschäfte mit dem Wasser betrieben wird, um so mehr. Für uns war daher einer der wichtigsten Punkte, dass die Versorgung möglichst nahe an die Gemeinde angebunden ist und die Entscheidungswege möglichst kurz gehalten werden können. So wie wir gelesen haben, ist dies mit einer öffentlich-rechtlichen Anstalt am ehesten gegeben. Darum möchten wir den Antrag des Gemeinderates zur Gründung einer solchen öffentlich-rechtlichen Anstalt unterstützen. Wir haben uns noch die Frage gestellt, ob es Sinn machen würde vorgängig eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus den verschiedenen Fraktionen zu machen. Vorhin wurde erwähnt, dass Informationen vorgängig an die Fraktionen zu Stellungnahme zugestellt werden. Das ist auch gut.

Julian Schneuwly, JFL:

Wir haben dieses Thema an unserer Fraktionssitzung auch ausgiebig diskutiert, weil Wasser ist eines der wichtigsten Güter. Daher muss auch der Entscheid fundiert sein. Wir finden es super, dass der Gemeinderat den Generalrat nach einem Grundsatzentscheid fragt und nicht mit einem Gesamtpaket kommt, welches

vielleicht abgelehnt wird. Somit stünde man wieder am Anfang. Noch eine kurze Bemerkung. Es ist alles etwas kurzfristig. Der Entscheid heute muss sein, damit man bis Ende Jahr weitermachen kann. Wir haben die verschiedenen Formen angeschaut. Diese haben alle verschiedene Vor- und Nachteile. Wir haben vor Allem auch die transparenten Finanzen bei einer Anstalt gesehen. Und wie heute bereits mehrmals erwähnt, dass die Überführung der heutigen Versorgung in eine Anstalt am einfachsten ist. Wir möchten darauf hinweisen, dass es wichtig ist, darauf zu achten, dass alles korrekt abläuft. Einige haben vielleicht schon vom Fall Vechigen gehört. Diese haben ebenfalls eine Wasserversorgung in die Gemeinde integriert. Dies hat am Schluss einen ziemlichsten Finanzskandal gegeben. Natürlich erwarten wir dies hier nicht. Es ist jedoch wichtig hier ein Auge darauf zu haben. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates.

**Antrag:****Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

1. die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt für die Trinkwasserversorgung.

**Abstimmung:**

46	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Beschluss:****Der Generalrat beschliesst:**

1. die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt für die Trinkwasserversorgung.

	7.20.1.020	Bauakten Leitungen
<b>11</b>	<b>Sanierung Abwasserleitung Wunostrasse</b>	
	Projektgenehmigung und Kreditbegehren	

Die Abwasserleitung bei der Wunostrasse in Wünnwil wurde durch die Abwässer stark beansprucht und ist in einem defekten Zustand. Die Kameraaufnahmen vom 30. April 2024 zeigen folgendes Bild:

1. Die bestehende Mischwasserleitung ist im gelb markierten Bereich defekt.
2. Die Leitung kann die Ableitfunktion nicht mehr erfüllen.
3. Das Abwasser kann auf einer Länge von ca. 80m in den Boden infiltrieren.
4. Eine Sanierung ist dringlich.



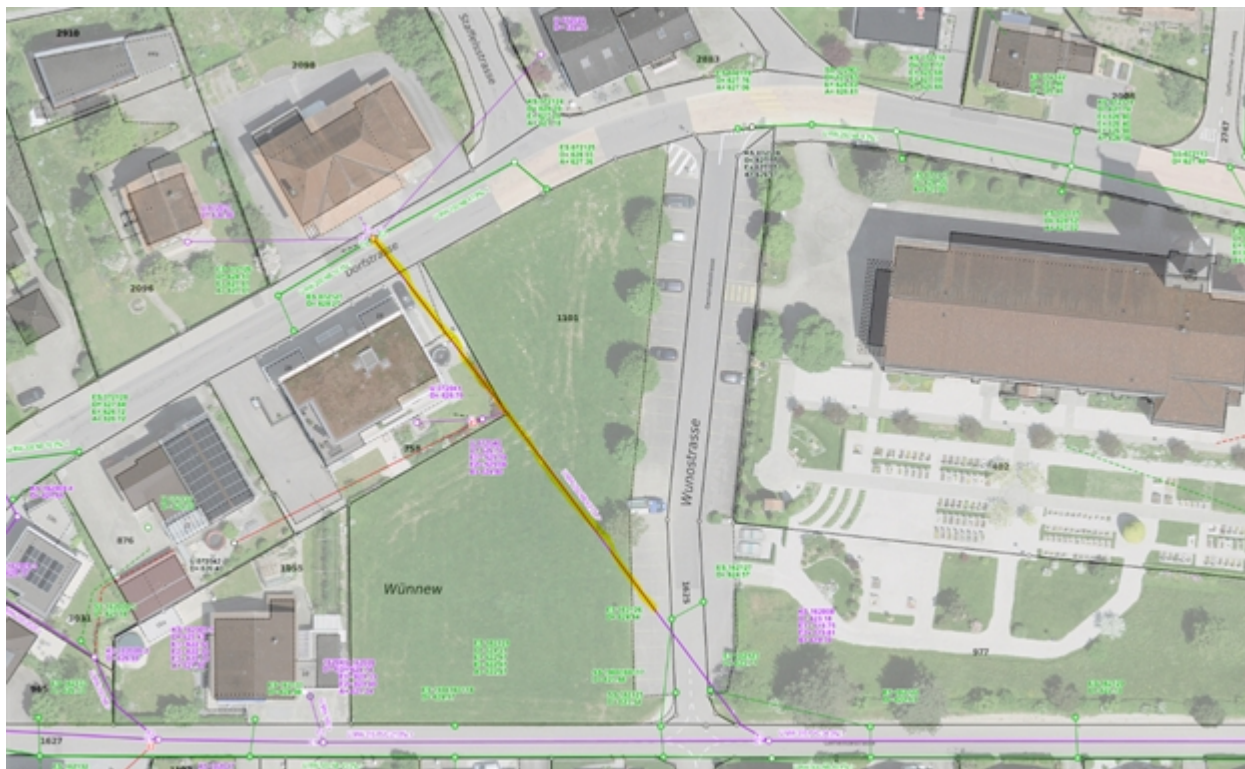


Abbildung 1: Situation und Bild der defekten Leitung

Ein Vorprojekt wurde vor Jahren zur besseren Bebaubarkeit der Parzelle 1101 erstellt und soll umgesetzt werden. Das Projekt sieht die Abwassertrennung von Meteor- und Schmutzwasser gemäss dem gültigen GEP (Genereller Entwässerungsplan) der Gemeinde vor:

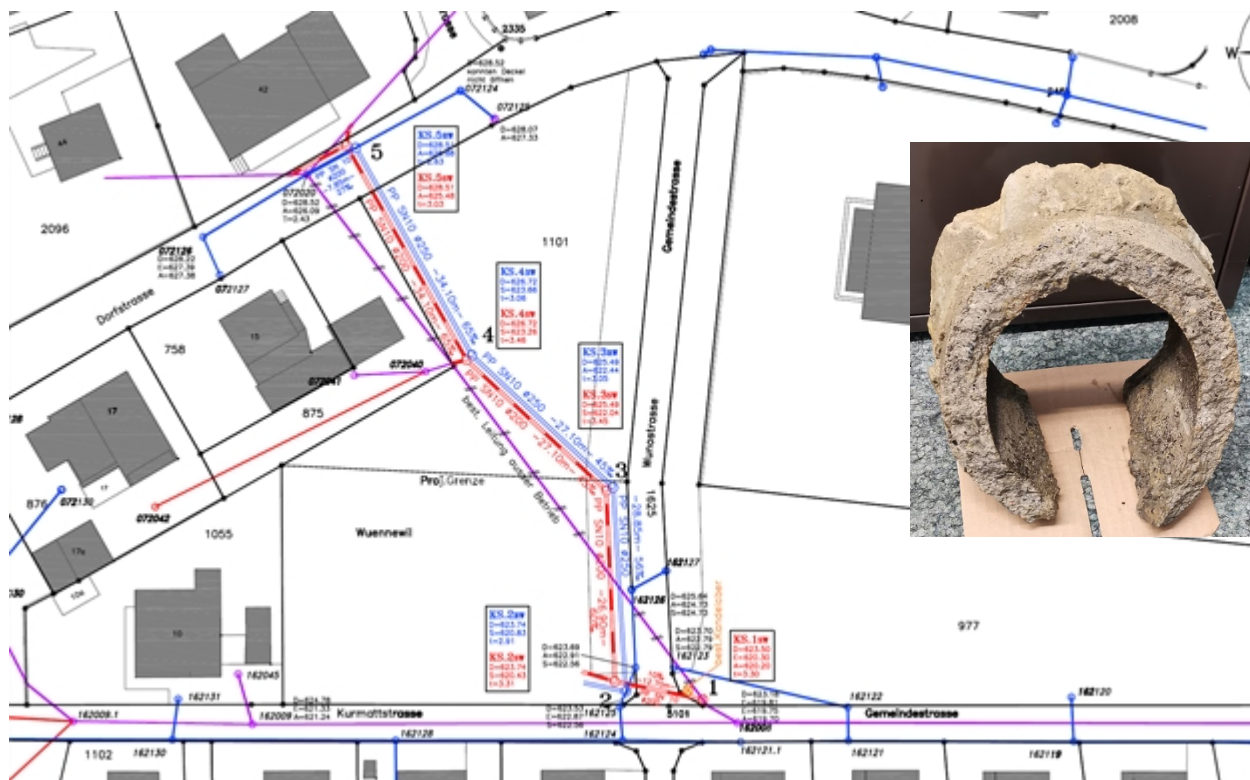


Abbildung 2: Vorprojekt Trennsystem

**Finanzielle Auswirkungen:**Kostenzusammenstellung:

Baumeisterarbeiten	Fr.	200'000
Projekt / Bauleitung / Geometer	Fr.	30'000
Bewilligung / Gebühren / Rechte	Fr.	8'000
Unvorhergesehenes / Reserve	Fr.	30'000
Mwst. 8.1 %	Fr.	21'708
Rundung	Fr.	292
<b>Kreditbegehren</b>	<b>Fr.</b>	<b>290'000</b>

Jährliche Folgekosten:

Amortisation 1.25%	Fr.	3'625
Durchschnittliche Verzinsung 2%	Fr.	2'900
<b>Total</b>	<b>Fr.</b>	<b>6'525</b>

**Antrag:**

**Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

- 1. Den Kredit über Fr. 290'000 für die Sanierung des Abwasserkanals der Wunostrasse zu genehmigen.**
- 2. Die Ausgaben der Investitionsrechnung 2024 zu belasten und die finanziellen Folgekosten über den Fonds Abwasseranlagen (Werterhalt) zu finanzieren.**

**Kommentar:**

Manuel Waeber, Gemeinderat Ressort Öffentliche Sicherheit, Wasserversorgung, Abwasser, Gewässer Werte Anwesende, es ist eigentlich eine ziemlich simple Angelegenheit. Wir haben eine Abwasserleitung, welche wirklich kaputt ist. Dies habt ihr auf den Bildern gesehen. Statt einer Röhre haben wir nur noch einen Tunnel ohne Boden. Das Abwasser versickert aktuell im Feld. Diese Leitung muss man sanieren. Im generellen Entwässerungsplan war vorgesehen, die Leitung zu verlegen. Die untere Parzelle wäre noch Bauland. Die obere Parzelle ist Freihaltezone. Daher macht es Sinn die Leitung zu verlegen, damit diese später nicht mitten im Grundstück ist und stört. Man würde zwei Leitungen machen. Das Regenwasser und Abwasser würde man natürlich trennen. Das eine geht in die Taverna das andere in die ARA, darum zwei Leitungen. Die bestehende Leitung würde man vorläufig im Boden lassen. Diese wird einfach abgehängt. Sollte man später die untere Parzelle bebauen, kann man die Leitung, dort wo sie stört, einfach aus dem Boden nehmen.

Das Ganze kostet auch etwas. Die Kosten wurden von Serge zusammengestellt. Es sind Erfahrungswerte, welche hier eingesetzt wurden.

Sarah Zingg, Finanzkommission

Werte Anwesende, die Dringlichkeit einer Sanierung ist gegeben und es muss möglichst rasch gehandelt werden.

Die Zusammenstellung der Kosten basieren auf Erfahrungswerten. Die heutige Leitung ist amortisiert.

Der Abschreibungssatz von 1.25% (entspricht 80 Jahren) ist für Leitungen vorgeschrieben. Die durchschnittliche Verzinsung von 2% ist der aktuell gültige Satz.

Die Finanzkommission empfiehlt euch, dem Antrag des Gemeinderates aus finanztechnischer Sicht zuzustimmen.

**Diskussion:**

Thomas Freiburghaus, FDP:

So wie Manuel das Projekt beschrieben hat, ist klar, dass die Sanierung dringend nötig ist. Wir sehen das Projekt als wichtig und sinnvoll. Darum werden wir dem Kreditbegehren und dem Projekt zustimmen.



**Antrag:****Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

1. Den Kredit über Fr. 290'000 für die Sanierung des Abwasserkanals der Wunostrasse zu genehmigen.
2. Die Ausgaben der Investitionsrechnung 2024 zu belasten und die finanziellen Folgekosten über den Fonds Abwasseranlagen (Werterhalt) zu finanzieren.

**Abstimmung:**

46	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Beschluss:****Der Generalrat beschliesst:**

1. Den Kredit über Fr. 290'000 für die Sanierung des Abwasserkanals der Wunostrasse zu genehmigen.
2. Die Ausgaben der Investitionsrechnung 2024 zu belasten und die finanziellen Folgekosten über den Fonds Abwasseranlagen (Werterhalt) zu finanzieren.

	0.21.8.010	Finanzkommission, Mitglieder
<b>12</b>	<b>Finanzkommission</b>	
	Ergänzungswahl	

**Kommentar:**

Nach dem Rücktritt von Daniel Sturny, ML-CSP, ist die Vakanz in der Finanzkommission neu zu besetzen. Die ML-CSP Wünnewil-Flamatt schlägt als Nachfolger Roland Boschung vor.

Roland Boschung wird den Anwesenden vorgestellt, es werden keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen.

**Antrag:**

1. Der Generalrat wählt Roland Boschung als Ersatz für Daniel Sturny in die Finanzkommission.

**Diskussion:**

Beat Spicher, ML-CSP:

Werte Anwesende, in unserer Fraktion gibt es eine grössere Rochade. Nicole Schweizer und ich treten auf Ende September 2024 aus dem Generalrat zurück. Daniel Sturny übernimmt ab Ende Juni 2024 den Vorsitz unserer Fraktion und tritt aus diesem Grund aus der Fiko zurück.

Wir können euch einen sehr fähigen Nachfolger für Daniel präsentieren. Roland Boschung brauche ich eigentlich nicht vorzustellen, denn er ist seit Wiedereinführung des Generalrats Teil unserer Fraktion. Roland ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder, eine Tochter und einen Sohn. Er ist ein sogenannter „Ur-Wünnewiler“. Er kennt sich aber nicht nur in unserer Gemeinde sehr gut aus, sondern auch in den Finanzen. Er war lange Jahre Finanzchef eines grösseren KMUs und seit rund zwei Jahren nun Leiter Treuhand bei BDO Burgdorf. Ausserdem ist er seit etwas mehr als einem Jahr Mitglied des Pfarreirates Wünnewil-Flamatt, zuständig unter anderem für – ihr ahnt es – die Finanzen. Wir sind überzeugt, dass Roland sich sehr schnell einarbeiten wird und nicht zuletzt auch im Rahmen der Arbeitsgruppe Finanzen wertvolle Inputs liefern kann. Wir schlagen euch somit Roland zur Wahl in die Fiko vor.

**Antrag:**

1. Der Generalrat wählt Roland Boschung als Ersatz für Daniel Sturny in die Finanzkommission.

**Abstimmung:**

46	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Beschluss:**

1. Der Generalrat wählt Roland Boschung als Ersatz für Daniel Sturny in die Finanzkommission.

13	0.11.3.020 Botschaften und Akten <b>Parlamentarische Vorstösse; Motionen und Postulate (GenR)</b> Anträge, Motionen und Postulate
----	---

**Postulat JFL «Für eine Regelung der invasiven Neophyten und des Litterings»**

**Ausgangslage:** In den letzten Jahren verbreiten sich invasive Neophyten (z.B. einjähriges Berufkraut) immer rasanter, dies auch in unserer Gemeinde. Die Gemeinde bekämpft diese auf öffentlichen Flächen schon lange und auch die Landwirt\*innen halten ihre Flächen möglichst frei von invasiven Neophyten. Für Private fehlt aktuell eine Handhabung. An vielen öffentlichen Orten (z.B. Sportanlagen, Sense, entlang Strassen) oder auch bei der Grüngut-Entsorgung hat man vermehrt ein Littering-Problem. Mit den Raumpatenschaften unternimmt die Gemeinde bereits einiges, es fehlen aber geeignete Massnahmen, um das Problem bei der Quelle anzupacken und nicht erst wenn bereits gelittert wurde.

**Postulat:** **Der Gemeinderat wird beauftragt, Massnahmen zu erarbeiten, um: invasive Neophyten auf Privatgrundstücken zu bekämpfen Littering an öffentlichen Orten und bei der Grüngut-Entsorgung zu reduzieren Hierbei wird der Gemeinderat beauftragt sowohl rechtliche Grundlagen als auch andere Massnahmen zu überprüfen.**

**Begründung:** Sowohl invasive Neophyten wie auch Littering führen unserer Umwelt erheblichen Schaden zu:  
Invasive Neophyten (siehe [«Gebietsfremde Arten in der Schweiz»](#)) verdrängen einheimische Arten und breiten sich meist rasant aus. Aktuelle Beispiele aus unserer Gemeinde sind das einjährige Berufkraut oder die Goldrute. Für die Gemeinde und auch Landwirt\*innen ist es mühsam und unverständlich, wenn Sie ihre Parzellen pflegen und bei benachbarten Parzellen wird nichts oder zu wenig gemacht. Hier fehlt eine Handhabung, wie Personen zur Bekämpfung sensibilisiert oder rechtlich verpflichtet werden können.  
Littering ist in der nationalen und kantonalen Politik ebenfalls ein Thema. Es ist wichtig, dass wir auch in der Gemeinde ein Instrument in der Hand haben, um Littering nachhaltig zu bekämpfen. Plastik-Müll sowie Alu-Dosen bleiben über Generationen in unserer Umwelt und schädigen Natur, Mensch und Tiere. Bei der Grüngut-Anlage gibt es aktuell ein solches Problem und der Abfall landet am Schluss auf dem Ackerland. Nur mit mühseliger Arbeit kann der Abfall dann wieder entfernt werden. Dies kann nicht die Lösung sein. In der Prävention wird mit den Raumpatenschaften bereits viel gemacht. Es braucht nun geeignete Massnahmen um das Littering bereits bei den Verursacher:innen zu bekämpfen. Die vermehrte Sensibilisierung oder die Erarbeitung einer rechtlichen Grundlage könnte eine mögliche Lösung darstellen. Andere Gemeinden haben bereits ähnliche Reglemente: [Gemeinde Worb, invasive Neophyten](#)  
[Gemeinde Davos, Littering](#)

**Kommentar:**

Julian Schneuwly, JFL:

Geschätzte Anwesende, im eingereichten Postulat geht es zusammenfassend um falsch entsorgten Abfall und Problempflanzen in unserer Umwelt. Das Postulat mit Ausgangslage und Begründung wurde vorgängig zugestellt, daher verzichte ich auf eine komplette Wiederholung. Ich beziehe mich auf die wichtigsten Punkte:

- Invasive Neophyten, wie einjähriges Berufkraut oder die kanadische Goldrute sind in unserer Region immer mehr auf dem Vormarsch. Die Gemeinde und auch Landwirte sind darauf sensibilisiert und versuchen ihre Grünflächen möglichst frei von Neophyten zu halten. Um Private zu sensibilisieren, unternimmt die Gemeinde bereits viel. Wenn man aktuell durch die

Gemeinde läuft, fällt aktuell in vielen Gärten vor allem das einjährige Berufkraut auf, welches ähnlich wie Kamille aussieht. Dies zeigt, dass wir hier noch Potential zur Verbesserung haben.

- Ziel des Postulates soll es hier sein, weitere Möglichkeiten aufzuzeigen wie man das Problem in den Griff bekommt oder auch rechtlich regeln könnte. Es geht ganz klar nicht darum, dass anschliessend extra Personen durch die Gärten laufen und kontrollieren, jedoch kann heute nichts mehr als eine Bitte gemacht werden. Wird dies nicht umgesetzt, hat man keine weiteren Möglichkeiten.
- Bei der Entsorgung des Grüngutes haben wir aktuell ein Privileg, dass kaum eine andere Gemeinde hat. Wir haben eine frei zugängliche Grüngutentsorgung, welche nicht durch Aufsichtspersonen betreut wird. Es zeigt sich jedoch, dass wir vermehrt ein Problem mit Littering im Grüngut haben. Dies wird anschliessend geschreddert und in duzende Teile zerschnitten. So gelangt das Plastik schlussendlich auf die Felder von Landwirten, welche den Kompost als Dünger auf ihren Feldern einsetzen wollen.
- Die Gemeinde hat in letzter Zeit bereits viel unternommen, um mehr auf diese Problematik hinzuweisen. Es wurde eine Beschilderung aufgestellt und auch weitere Massnahmen wurden getroffen. Ob dies ausreicht, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Falls nicht, müsste auch hier über weitere Massnahmen nachgedacht werden.
- Am meisten Mühe haben wir mit dem Littering im öffentlichen Raum. Für uns ist es nichts anderes als gesunder Menschenverstand, seinen Abfall wieder mitzunehmen oder in die nächste Mülltonne zu werfen. Diesen Anstand haben jedoch leider nicht alle EinwohnerInnen und BesucherInnen von Wünnewil-Flamatt. Liegen gelassener Abfall kommt leider häufiger vor als man denkt. Vor gut einem Jahr habe ich beim Grasens für unsere Kühe eine Aludose an der Leimackerstrasse übersehen und diese ist durch das Mähwerk in mehreren Teilen ins Futter der Kühe gelangt. Dadurch haben wir schlussendlich eine trächtige Kuh durch einen qualvollen Tod verloren. So etwas darf und muss nicht sein.
- In unserer Gemeinde wird mit dem CleanUp Day, dem Frühjahrsputz und vor allem auch den Raumpatenschaften bereits viel gemacht. Hier geht ein grosser Dank an die Freiwilligen der Gemeinde und auch den Werkdienst, welche unsere Strassen möglichst frei von Abfall halten. All diese Massnahmen zielen jedoch auf das Beseitigen des bereits vorhandenen Abfalls. Hier müssten Lösungen zum Verhindern von Littering überhaupt angeschaut werden.

Vorgängig gab es Diskussionen, ob ein Postulat oder eine Motion geeigneter ist. Wir würden nachwievor eine Motion bevorzugen, können jedoch mit einem Postulat zu einer Abklärung ebenfalls gut leben. Denn für uns ist primär das Thema wichtig und weniger die Art und Weise wie es schlussendlich eingereicht wird. Daher haben wir das Ganze nun in ein Postulat umgewandelt.

Abschliessend möchten wir bereits jetzt der Gemeinde danken, für das vorbereiten der heutigen Antwort und auch für all die bereits erfolgreich umgesetzten Projekte in dieser Thematik. Hier macht die Umwelt- und Energie-Kommission unter der Leitung von Martin Bigler bereits eine super Arbeit. Mit diesem Postulat sollen nun weitere griffige Möglichkeiten aufgezeigt werden, damit wir uns als Vorzeigegemeinde in Sachen Littering und Neophyten ausweisen können.

So würden wir folgenden Postulats-Text zur Annahme empfehlen:

Der Gemeinderat wird beauftragt dem Generalrat einen Bericht vorzulegen, der mögliche Massnahmen aufzeigt um:

1. invasive Neophyten auf Privatgrundstücken zu bekämpfen
2. Littering an öffentlichen Orten und bei der Grüngut-Entsorgung zu reduzieren

Hierbei wird der Gemeinderat beauftragt sowohl rechtliche Grundlagen als auch andere Massnahmen zu überprüfen.

Wir von der Jungen Freien Liste WüFla danken euch bereits jetzt für die Unterstützung.

### **Stellungnahme Gemeinderat:**

Martin Bigler, Gemeinderat Ressort Umwelt, Energie, Sport und Freizeit, Integration, Forst- und Landwirtschaft

Die Beantwortung des Postulates habt ihr vorgängig erhalten. Ich möchte hier nicht weiter darauf eingehen und möchte euch eher einige Bilder zu diesem Problem zeigen. *Martin Bigler zeigt diverse Bilder zum Thema Littering.*

Der Gemeinderat unterstützt das Postulat und die Überweisung.

**Diskussion:**

Martina Schmid, SVP:

Werte Anwesende, ich möchte etwas sagen zum Littering im Grüngut. Grundsätzlich finde ich die Sofortmassnahmen, welche der Gemeinderat bereits getroffen hat, begrüssenswert. Sie basieren auf der Sensibilisierung und der Information. Ich möchte euch jedoch erzählen, was man so erlebt, wenn man in der Nachbarschaft einer solchen Kompostmiete Land hat. Die Massnahmen gehen zu wenig weit. Wenn man so auf einem Traktor sitzt, hat man etwas Zeit zu schauen was so passiert. Meistens ist noch so ein Westwind drin. Man kann zuschauen, wie der Wind die abertausenden Plastikteilchen über dem Feld verteilt. Wenn man nichts macht, gehen diese Teilchen dann weiter und man findet sie in den Hecken, im Autobahnzaun und wenn man sie zusammenkehrt, nimmt man sie nach Hause und nervt sich noch den ganzen Winter, weil man sie aus dem Futter rausreissen muss. Darum brauchen wir sofort weitere Massnahmen um das aktive Littering, welches die Gemeinde weiterbetreibt, zu unterbinden. Man muss nicht weit suchen. Als erstes muss man den Abfall im Grüngut vor dem Schreddern rausnehmen, so viel wie möglich. Wenn man es durch den Schredder lässt, hat man grundsätzlich schonmal verloren. Wenn man den Kompost dann an der Miete hat, muss man bei jedem Wenden durchlaufen, kontrollieren und den Abfall rausnehmen. Und am Schluss, wenn man den Kompost auf die Felder verteilt, kann man nochmal durchlaufen und die Teilchen rausnehmen. Wir machen dies mit den Schulkindern. Für sie ist dies eine super Präventionsmassnahme. Nach zwei Stunden auf dem Feld sind die Kinder hässig.

Die Massnahmen, welche ich aufgezählt habe, sind mühsame Handarbeit. Es muss es jemand machen. Handarbeit ist immer mit Kosten verbunden. Hier stellt sich die Grundsatzfrage, ob man als Gemeinde kompostieren möchte und dieses Angebot so aufrechterhalten möchte. Es ist ein Topangebot, welches sich die Gemeinde hier leistet. Man muss jedoch einen Qualitätsanspruch haben, man muss Verantwortung tragen für die Umwelt und bereit sein anfallende Kosten zu übernehmen. Es gibt Firmen, welche kompostieren. Dies bedeutet für mich, dass es möglich sein muss dies sogar gewinnbringend zu betreiben. Man muss in die weiteren Massnahmen vielleicht auch betriebswirtschaftliche Massnahmen einfließen lassen, um die Kosten zu minimieren.

Es ist mir egal ob wir hier von einem Postulat, Motion oder Polizeireglement sprechen. Die Gemeinde hat sich jetzt schon einen Auftrag auferlegt. Sie betreiben eine Kompostieranlage. Sie haben eine Verantwortung wahrzunehmen und dies kann man sofort auf der operativen Ebene regeln, so dass man ein qualitatives Endprodukt (Kompost) herstellen kann ohne dass die Umwelt zusätzlich geschädigt wird.

Roland Boschung, ML-CSP:

Werte Anwesende, die im Postulat formulierten Anliegen der JFL sind Anliegen, welche wir nachvollziehen können.

Wir finden auch, dass bei Gelegenheit diese Anliegen angeschaut werden sollten.

Wir begrüssen sehr, dass sich die JFL, auf unseren Vorschlag hin, umentschieden hat und die Motion in ein Postulat umgewandelt hat. Das gibt dem Gemeinderat mehr Luft und Zeit.

Wir finden, dass die Dringlichkeit der erwähnten Anliegen, im Vergleich zu anderen anstehenden Herausforderungen in der Gemeinde, beim Gemeinderat auch nicht die gleich hohe Dringlichkeit bekommen sollten. Wenn ich Martinas emotionalem Votum zugehört habe, ist mir die Frage aufgekommen, wie dies andere Gemeinden machen. Wie lösen andere Gemeinden dieses Thema? Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat oder die Verwaltung dies bereits angeschaut haben oder noch werden.

Wir werden das Postulat unterstützen.

Christian Zihlmann, Die Mitte:

Werte Anwesende, wir haben die (damals noch) Motion intensiv diskutiert. Wir waren etwas unglücklich über das Zusammennehmen dieser zwei verschiedenen Sachverhalte. Erstens aus formalen Gründen, jedoch auch aus inhaltlichen. Das erste Problem ist hoffentlich auf nicht vorhandenes Wissen in der Bevölkerung zurückzuführen. Massnahmen wie Aufklärung und Information könnten eine Lösung sein.

Beim Littering sehen wir dies anders. Was alles im Grüngut gefunden wird, ist einfach nur traurig. Die ganzen Flaschen auf den Feldern, Strassen und in den Wäldern haben unserer Meinung nach nichts zu tun mit fehlendem Wissen.

Wir begrüssen das Postulat, um die Ursachen zu finden und Massnahmen zu erörtern. Die Fraktion Die Mitte wird dem Postulat einstimmig zustimmen.

Bruno Boschung, Die Mitte:

Ich habe eine Frage an den Postulanten. In unserer Fraktion ist ein Landwirt, welcher uns das Thema Neophyten erklärt hat. Im Antrag steht «invasive Neophyten auf Privatgrundstücken zu bekämpfen». Wieso

wollt ihr euch nur auf Privatgrundstücke fokussieren? Wieso wollt ihr nicht die öffentlichen Grundstücke ergänzen? So würde man auch die Gemeinde in die Pflicht nehmen.

Julian Schneuwly, JFL:

Danke Bruno für diese Frage. Ich muss dir ehrlich sagen, dass wir gar nicht so weit überlegt haben. Aber dies macht durchaus Sinn. Eigentlich gilt dies wirklich für alle. Ich weiss, das man auf Gemeindeebene bereits sehr viel macht. Wir können mit dieser Erweiterung gut leben, dass man die öffentlichen Grundstücke auch miteinbezieht im Postulatstext.

Martin Bigler, Gemeinderat:

Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat dies auch so unterstützt. Wir machen bereits sehr viel in diesem Bereich, aber das ist okay.

#### **Abstimmung Überweisung Postulat:**

46	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

#### **Beschluss:**

**Das Postulat «Für eine Regelung der invasiven Neophyten und des Litterings» der JFL wird an den Gemeinderat überwiesen.**

14	0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers) <b>Verschiedenes, Generalratssitzung</b> Verschiedenes
----	---

#### **Kommentar:**

Therese Lorch, Generalratspräsidentin:

Beim Traktandum „Verschiedenes“ können dem Gemeinderat mündlich oder schriftlich Fragen gestellt werden, es können Resolutionen beantragt werden und andere Vorstösse eingebracht werden.

Bereits mehrmals gaben die stets steigenden Kosten der familienexternen Betreuung im Generalrat zu Diskussionen Anlass.

Zur Anpassung des Reglements und der Tarife der familienexternen Betreuung will nun der Gemeinderat eine parlamentarische Kommission einsetzen. Die Kommission würde präsiert durch ein Generalratsmitglied, der zuständige Gemeinderat ist Ramaj Burim, für das Sekretariat und die Administration ist Jérôme Clerc verantwortlich.

Die Sitze der parlamentarischen Kommission werden anhand der Parteigrösse verteilt, so wie dies auch bei der FiKo der Fall ist. Das heisst, der FDP stehen zwei Sitze zu, den übrigen Parteien jeweils ein Sitz.

Das Ziel ist, den Vorschlag zur Reglementsanpassung bis zur Budgetsitzung im Dezember 2024 dem Generalrat zur Genehmigung vorzulegen.

Es sind zwei Sitzungen vorgesehen:

Mittwoch, 21. August 2024 / 19:00 Uhr

Mittwoch, 11. September 2024 / 19:00 Uhr

Ich bitte die Fraktions-PräsidentInnen, die Mitglieder für die Kommission bis Ende nächster Woche, also bis zum 5. Juli 2024, der Gemeindeverwaltung zu melden.

Vielen Dank.

#### **Haltestelle Wünnewil**

Walter Stähli, Gemeinderat Ressort Finanzen, öffentlicher Verkehr, Wirtschaftsförderung, Informatik  
Der Einte oder die Andere hat es vielleicht bereits gehört. Nächstes Jahr vom 28. Juni bis 24. August kommt es zu einer Totalsperre der Linie Bern-Freiburg. Wer nun denkt, dass dies im Zusammenhang mit der Haltestelle Wünnewil ist – diese muss ich leider enttäuschen.

Serge Marty, Leiter Bauamt, ist im kontinuierlichen Austausch mit der SBB. Zurzeit werden Projektpläne ausgearbeitet. Das Plangenehmigungsverfahren sollte nächstes Jahr, also 2025, laufen. Im Jahr 2026 ist der Baubeginn geplant und die Inbetriebnahme sollte 2027 sein.

### Valtraloc

Erwin Grossrieder, Gemeinderat Ressort Verkehr, Raumplanung

Betreffend Baufortschritt sind wir auf Kurs, durch die Aufteilung der Arbeiten – sie arbeiten anfangs, in der Mitte und am Ende der Bernstrasse. Dadurch wird die Gesamtbauzeit verkürzt. Die grossen Eingriffe an dieser Strasse bringen automatisch auch Unannehmlichkeiten mit.

Die momentane Situation Einbahnverkehr auf der Strecke ab neuem Kreisel bis Eingang Bahnhofstrasse ist für Flamatt natürlich recht ungewohnt. Aber die Umleitung über Neuenegg in die andere Fahrtrichtung ist erschwerend. Auch die Unternehmen melden Umsatzrückgänge an, unter anderem wegen dem Rückgang der Verkehrsteilnehmer im Abendverkehr. Die Umleitung über Neuenegg wurde in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei aus folgenden Gründen entschieden. Priorität hat die Sicherheit der Bauarbeiter. Gerade in diesem Bereich sind enge Platzverhältnisse vorhanden. Ein zusätzlicher Rückstau auf der Autobahn ist zu vermeiden und die Pünktlichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel musste gewährleistet werden. Ich denke hier vor allem an den Bus aus Ueberstorf. Die Bauzeit konnte dadurch verkürzt und der Einfluss auf das Gewerbe und die Bevölkerung auch minimiert werden.

Ab 1. August bis 23. August wird der Einbahnverkehr aufgrund der Ferienzeit aufgehoben. Ab 24. August bis Mitte September ist wieder Einbahnverkehr wie aktuell. Es lässt sich leider nicht anders lösen. Ob in Zukunft noch mehrere Abschnitte mit Einbahnverkehr realisiert werden, ist Bestandteil der jeweiligen Diskussionen. Der Baufortschritt, die Sicherheit und die Platzverhältnisse beeinflussen die Entscheidung. Wir hoffen, dass wir nicht mehr Einbahnverkehr machen müssen. Es wird immer von Fall zu Fall darüber entschieden. Am 24. und 25. August wird die Freiburgstrasse bis zum Bahnübergang gesperrt, zwecks Einbaus vom Deckbelag. Dieser Abschnitt wäre dann also definitiv fertig. Umleitungen werden frühzeitig signalisiert.

Weitere Termine und Informationen könnt ihr jeweils der Homepage der Gemeinde entnehmen und auch in der nächsten WüFla werden Ausführungen zum Valtraloc-Projekt publiziert.

### Regionalisierung Jugendarbeit

Margrit Perler, Gemeinderätin Ressort Kultur, Medien, Jugend, Friedhöfe

Ihr wisst dies aus eigener Erfahrung als ihr noch jung wart. Ihr seid nicht nur in Wünnewil oder Flamatt geblieben, sondern seid auch mal auswärts gegangen.

Es ist also so, dass die Jungen nicht einfach an einem Ort bleiben. Aber es ist so, dass der Jugendarbeiter / die Jugendarbeiterin jeweils nur von einer Gemeinde angestellt ist in unserer Region und er oder sie als Einzelkämpfer arbeitet.

Eine regionale, gemeindeübergreifende Zusammenarbeit würden wir sehr begrüßen. So könnten wir die Arbeitsprinzipien einer offenen Jugendarbeit wirklich umsetzen und nutzen. Im Jahr 2022/23 hat man eine Bestandesanalyse gemacht und hier hat sich deutlich gezeigt, wo der Hot-Spot der Jugendlichen ist, also wo sie sich treffen. Durch diese Analyse ist die Idee der Regionalisierung entstanden. Dies würde einen Nutzen von Synergien bringen und der Kanton würde sogar eine Anschubfinanzierung in Zusammenhang mit dem Projekt «i mache mit» machen.

Im letzten halben Jahr hat eine Arbeitsgruppe, bestehend aus drei ressortverantwortlichen Gemeinderäten von Schmitten, Ueberstorf und Wünnewil-Flamatt zusammen mit den 3 Jugendarbeitern dieser Gemeinden, dem Präsidenten des Vereins Kinder- und Jugendarbeit Deutschfreiburg und einer Sitzungsleitenden den Übergangsprozess besprochen. Zu dieser Region sind wir gekommen, da wir hier die OS Wünnewil haben und die betroffenen Jugendlichen sind auch zusammen in der Schule. Darum macht die Region Sinn.

Wir haben Ende Mai ein Schlusssdokument erstellt und den drei Gemeinderäten präsentiert. Letzten Montag haben wir von allen drei Gemeinderäten das okay erhalten, dass wir hier weitermachen können. Der Gemeinderat stimmt also der Schaffung einer regionalen Kinder- und Jugendarbeit in den drei Gemeinden Wünnewil-Flamatt, Schmitten und Ueberstorf per 01.01.2026 im Grundsatz zu. Die Gemeinde Wünnewil-Flamatt ist bereit die administrative Leitung zu übernehmen. Dies ist aus dem Gedanken heraus entstanden, weil wir hier auch Sitzgemeinde der OS sind. Die Infrastrukturen (also die Rümli) würden bei den einzelnen Gemeinden bleiben. Bis Ende 2025 wird eine Gemeindevereinbarung geschaffen und ein Konzept ausgearbeitet, wie die Arbeit dann funktionieren soll.

Um trotzdem schon etwas in die aufsuchende Jugendarbeit zu investieren, würden wir auf den 01.07.2025 einen 50% Stelle für diesen Bereich schaffen. Dies auch im Sinn einer Präventionsarbeit.

Für diese 50% Stelle haben wir geschaut, welche Gemeinde welchen Anteil bereits abdeckt

(Bevölkerungszahl) mit der Jugendarbeit. Die Gemeinde Wünnewil-Flamatt müsste 10% an der neuen Stelle geben, Schmitten 25% und Ueberstorf 15%. Dies kommt also ins Budget, und zwar die ganze Stelle. Die anderen Gemeinden würden uns dann ihren Anteil zahlen.

Wir sind natürlich sehr erfreut in der Arbeitsgruppe und wir arbeiten am Freitag direkt weiter, damit wir die nötigen Anträge beim Kanton einreichen können.

Wir hoffen, dass wir mit dem Projekt die Jugendlichen besser abholen können und die Jugendarbeiter in ihrer Arbeit etwas mehr Austausch haben und nicht mehr als Einzelkämpfer durchmüssen. Es ist sicher auch eine Steigerung der Attraktivität der Stellen. Aber in erster Linie soll es ein Gewinn sein für die Jugendlichen.

Umbau Schlössli – Baubeginn und Umzug Kita

Judith Fasel-Meier, Vize-Gemeindepräsidentin Ressort Verwaltungsliegenschaften, Sportplätze

Die, welche in den letzten Wochen vorbeigefahren sind, haben gesehen, dass nun einige Mulden vor Ort sind. Man ist am Ausräumen und Entsorgen. Übermorgen ist der grosse Umzugstag, an welchem das Kita-Personal und die Spielgruppenleiterinnen zusammen mit dem Werkhof umziehen werden. Die Kita Schlössli wird in den oberen Stock des Riedo Schulhauses zügeln. Das ist die Wohnung, bei welcher wir die vom Jugendamt geforderten Anpassungen mit Hilfe der Hauswarte umsetzen konnte. Das Ergebnis ist sehr gut, sie sind zufrieden und werden sich sicher wohl fühlen.

Die Spielgruppe zieht in den mittleren Stock des Riedo Schulhauses, wo sich bereits die Krabbelgruppe befindet. Die Räume waren bereits sehr gut installiert und sie haben gemeinsam daran gearbeitet, dass eine gemeinsame Nutzung möglich ist.

Hinter dem Riedo Schulhaus mussten wir einen Container stellen für die Kinderwagen. Auch hier wurde eine gute und kostengünstige Lösung gefunden. Was im Moment fehlt, ist ein Spielplatz. Es kann sein, dass im Verlauf des Jahres noch etwas kommt, aber sicher im bescheidenen Rahmen.

Ab 17. Juli ist weiteres Ausräumen geplant z.B. auch von Sachen, welche wir weiterverwenden möchten. Mitte August würden die Abbrucharbeiten anfangen. Zuerst vor Allem die Sachen, welche man von aussen sieht wie z.B. die Garage und der Anbau. Anschliessend beginnen die Arbeiten im Innenbereich. Bis dahin werden wir wieder eine Generalratssitzung haben und ich werde euch wieder informieren.

Roland Boschung, ML-CSP:

Herzlichen Dank Walter, für die Informationen zum Bahnzugang Wünnewil. Ich habe verstanden Planung 2025 und Inbetriebnahme 2027. Ich habe hierzu noch ein paar ergänzende Fragen.

Wir haben als Generalrat dem Kredit zugestimmt. Haben wir als Gemeinde mittlerweile Verträge oder Vereinbarungen mit der SBB?

Wie ist der Stand beim Bahnhof Schmitten? In einem Frapp-Artikel stand, dass diese Arbeiten im 2025 starten.

Wie gross schätzt der Gemeinderat und die Verwaltung die Chancen ein, dass wir im 2027 auch wirklich diesen Bahnzugang erhalten? Oder wie gross ist die Gefahr, dass es doch nicht in eine Richtung geht, die sich die meisten hier erhoffen?

Für das Dorf Wünnewil, ist dies strategisch ein unheimlich wichtiges Thema. Ich werde sehr häufig auf dieses Thema angesprochen.

Walter Stähli, Gemeinderat

So weit möglich, versuche ich dies zu beantworten.

Verträge wurden bis jetzt keine gemacht. Es gibt Absichtserklärungen von beiden Seiten. Die SBB ist mit einem höheren Betrag gekommen. Hier haben wir interveniert, weil wir sonst unser Verfahren wieder von vorne aufrollen müssten.

Nach meinem Wissensstand wird der Bahnhof Schmitten im 2025 effektiv gemacht. Man kann diese Projekte jedoch nicht vergleichen. In Schmitten handelt es sich nur um Perronarbeiten. Bei uns muss mit den Landeigentümern noch verhandelt werden und dies muss die SBB machen und nicht wir, da die SBB auch Bauherrin ist.

Die Chancen für den Bahnzugang sind absolut intakt.

Andreas Freiburghaus, Ammann:

Ich möchte noch kurz ergänzen.

Zum Bahnhof Schmitten: Die Gemeinde Schmitten ist hier gar nicht involviert.

Zu den Chancen: Das Eisenbahnrechtliche Plangenehmigungsverfahren startet 2025. Der Zugang ist also im Plan.

Thomas Freiburghaus, FDP:

Ich möchte kurz anmerken, dass die Küche der Aula relativ schlecht ausgestattet ist. Dies haben wir bei der Vorbereitung des Apéros ebenfalls bemerkt. Hier wäre Verbesserungspotential da.

Judith Fasel, Gemeinderätin:

Dies ist uns bekannt. Es ist dieses Jahr ein Betrag im Budget. Mein Plan ist es, die Vereine und Schulen anzufragen, was sie benötigen. Ihr dürft eure Inputs auch gerne mailen.

Maria Anna Wüthrich, FDP:

Ich komme hier noch in eigener Sache, um das Volk etwas zu sensibilisieren beim Thema Valtraloc. Ich arbeite mit dem Spitex-Team in Flamatt. Das Valtraloc-Projekt hat einen riesen Einfluss auf unsere Arbeit. Wir arbeiten in Flamatt, Heitenried und Ueberstorf. Wir müssen sehr genau überlegen, in welcher Reihenfolge wir die Einsätze machen, damit wir unsere Wegzeiten auf einem Minimum behalten können. Damit unsere Klienten ihren Einsatz zu den abgemachten Zeiten bekommen. Valtraloc ist ein super Projekt, hat jedoch einen riesigen Einfluss auf unsere Aufgabe. Ich möchte, dass man sich auch in der Bevölkerung bewusst ist, was die Mitarbeiter jeden Tag leisten.

Therese Lorch, Generalratspräsidentin:

Nicole Schweizer, Beat Spicher und Markus Lehman sind heute zum letzten Mal als Generalräte an der Sitzung dabei. Sie alle haben demissioniert und werden an der Oktobersitzung nicht dabei sein. Ich danke den drei Abtretenden für die geleistete Arbeit und ihren Einsatz für unsere Gemeinde und wünsche ihnen auf dem weiteren Lebensweg alles Gute.

Die nächste Generalratssitzung findet am **Mittwoch, 9. Oktober 2024** wiederum in der Aula der OS Wünnewil statt.

Therese Lorch  
Generalratspräsidentin

Stephanie Rigolet  
Stv. Gemeindeschreiberin